

Fördervereinbarung

Zwischen

der Lutherstadt Wittenberg, Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg, vertreten durch den Oberbürgermeister Torsten Zugehör, ebenda

- nachstehend „Stadt“ genannt -

und

dem Sportverein 07 Apollensdorf e. V., Roßlauer Str. 9a, 06886 Lutherstadt Wittenberg, vertreten durch die vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder Herrn Klaus-Dieter Schemel und Petra Wintergerst, ebenda

- nachstehend „Verein“ genannt -

wird folgende Fördervereinbarung geschlossen:

§ 1. Fördergrundlage. Die Parteien sind sich einig, dass die vom Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschlossenen Grundsätze zur Ordnung vertraglicher Beziehungen zur Überlassung von Sportstätten und deren Förderung (Beschluss-Nr. I/280-29-12) Grundlage und als Anlage 1 Bestandteil dieser Fördervereinbarung ist.

§ 2. Förderleistung. (1) ¹Die Stadt stellt dem Verein zum Zwecke der Förderung der vom Verein mit Unterzeichnung des Pachtvertrages vom 26.06.2013 – zuletzt geändert aufgrund der Änderungsvereinbarung vom – über das auf dem Grundstück Roßlauer Straße 9a in 06886 Lutherstadt Wittenberg gelegene „Gemeinschaftshaus Apollensdorf“ übernommenen Verantwortung jährliche Förderleistungen gemäß Anlage 2, die Bestandteil dieser Fördervereinbarung ist, zur Verfügung. ²Die Bemessung der Förderleistungen, die als Anlage 3 Bestandteil dieser Vereinbarung ist, erfolgt auf der Grundlage einer gemeinsamen, von der Stadt und dem Verein durchgeführten Kostenanalyse, die als Anlage 4 Bestandteil dieser Vereinbarung ist. ³Die maximale Förderleistung der Stadt ist auf diesen Betrag begrenzt und stellt die Kostenobergrenze, ggf. inkl. der gesetzlichen USt., dar. ⁴Die für das jeweilige Jahr zur Verfügung gestellten Förderleistungen sind vorbehaltlich von einem Verwendungsnachweis abhängig, den der Verein der Stadt bis zum 30.06. des Folgejahres zu übergeben hat.

(2) ¹Die finanziellen Förderleistungen sind jährlich an die Preisentwicklung anzupassen. ²Gemessen wird diese anhand der durchschnittlichen Veränderung des Verbraucherpreisindex für Deutschland für das abgelaufene Kalenderjahr.

(3) Die Stadt ist berechtigt, finanzielle Förderleistungen in Abschlagszahlungen, auf ein vom Verein anzugebendes Vereinskonto zu zahlen.

§ 3. Förderlaufzeit. ¹Die Stadt übernimmt die Förderleistungen für die Zeit vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2020. ²Danach endet diese Fördervereinbarung. ³Es ist beabsichtigt, rechtzeitig vor Ablauf dieser Fördervereinbarung Verhandlungen über die weitere Förderung aufzunehmen.

§ 4. Pflichten. (1) Der Verein verpflichtet sich, die Förderleistungen nur zur Erfüllung des Förderzwecks wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

(2) Der Verein informiert die Stadt regelmäßig über die für die Förderleistungen relevanten Angelegenheiten und stellt der Stadt auf Verlangen maßgebliche Belege und Unterlagen zur Verfügung.

§ 5. Sanktionen. Die Förderleistungen können eingestellt oder ausgesetzt werden, wenn durch den Verein Vertragsbestimmungen des mit der Stadt vereinbarten Pachtvertrages nicht eingehalten werden oder der Verein den vertraglichen Pflichten dieser Vereinbarung nicht nachkommt oder gegen den Förderzweck verstößt.

§ 6. Kündigung. (1) ¹Die Fördervereinbarung kann von beiden Seiten aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen gekündigt werden.

(2) Ein wichtiger Grund liegt für die Stadt in der Regel vor, wenn

- a) der Verein unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht hat, welche die Förderleistungen beeinflusst haben,
- b) der Verein wesentliche Vertragspflichten dieser Fördervereinbarung und des mit der Stadt vereinbarten Pachtvertrages verletzt,
- c) der Verein seiner bestehenden Informationspflicht auch nach erfolgloser Aufforderung nicht nachkommt.
- d) die Stadt einer defizitären Haushaltswirtschaft entgegenwirken und ihre dauerhafte Leistungsfähigkeit sichern muss.

(3) Die Kündigung bedarf der schriftlichen Form.

§ 7. Rückerstattung. Der Verein verpflichtet sich, erhaltene Förderleistungen ganz oder teilweise zu erstatten, wenn, sobald oder soweit

- a) sich die Förderleistungen i. S. d. § 2 dieser Vereinbarung ändern,
- b) die Förderleistungen durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden sind,
- c) die Förderleistungen nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet werden,
- d) die Förderleistungen nicht verbraucht wurden,
- e) der Verein seine Vertragspflichten aufgrund dieser Fördervereinbarung und aufgrund des mit der Stadt vereinbarten Pachtvertrages verletzt,
- f) die Fördervereinbarung aus wichtigem Grund beendet wird.

§ 8. Loyalitätsklausel. (1) ¹Beim Abschluss dieses Vertrags können nicht alle Fragen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht, die sich vor allem aus der künftigen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, aus geänderten gesetzlichen Bestimmungen oder sonst für den Abschluss des Vertrags wesentlichen Umständen ergeben können, vorausgesehen und abschließend geregelt werden. ²Die Vertragsparteien sind darüber einig, dass die Grundsätze gegenseitiger Loyalität Grundlage für den Vertragsschluss und ihre künftige Zusammenarbeit sind. ³Sie sichern sich gegenseitig die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarungen in diesem Sinne zu und werden erforderlichenfalls künftigen Änderungen der Verhältnisse Rechnung tragen.

(2) Ergeben sich bei Durchführung des Vertrags unter den vorstehenden Bedingungen unbillige Härten für den einen oder anderen der Vertragspartner, so werden diese eine freundschaftliche Verständigung herbeiführen, die dem Zweck des Vertrags nach den Grundsätzen der Vernunft und Billigkeit Rechnung trägt.

§ 9. Schlussbestimmungen. (1) ¹Andere als die in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen bestehen nicht. ²Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. ³Entsprechendes gilt für die Aufhebung des Vertrages sowie das Schriftformerfordernis.

(2) ¹Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht. ²Die Vertragsparteien verpflichten sich vielmehr, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, welche den wirtschaftlichen und ideellen Vorstellungen der Parteien am nächsten kommt.

(3) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist das für den Sitz der Stadt örtlich wie sachlich zuständige Gericht.

Lutherstadt Wittenberg, den

.....
Torsten Zugehör

.....
Klaus-Dieter Schemel

.....
Petra Wintergerst